

Siegener Zeitung

Überparteiliches, amtliches Kreisblatt für Siegen-Wittgenstein, Altenkirchen und Olpe

AUSGABE WITTGENSTEIN

Nr. 243 | 199. Jahrgang | G 6295

Montag, 18. Oktober 2021

Einzelpreis: Mo.-Fr. 2,10 € | Sa. 2,50 €

LOKALES

Diskussion um B 62



Planer stellen sich in Laasphe einen vollständigen Neuaufbau vor, Händler befürchten eine Dauerbaustelle und einen Schaden fürs Geschäft. **Seite 5**

Jubiläum klingt aus

Der Schieß- und Schützenverein Schüler-Wemlighausen veranstaltete einen Familien-Tag – und weckt Vorfreude auf das Jahr 2022. **Seite 6**

ZEITGESCHEHEN

Berg speit weiter Feuer

Der Vulkan auf der Kanareninsel La Palma kommt nicht zur Ruhe. Erneute Erdbeben zeigen an, dass die Gefahr nicht vorüber ist. **Seite 13**

SPORT

Machtdemonstration



Fußball-Bundesliga: FC Bayern deklariert Leverkusen mit 5:1, Haaland schießt BVB zum 3:1 gegen Mainz, Gladbach 1:1 gegen VfB. **Seiten 21/22**

Ferndorf verliert 20:25

Nach der fünften Niederlage im sechsten Saisonspiel bei Aufsteiger HC Empor Rostock trägt der Handball-Zweitligist die „Rote Laterne“. **Seite 25**

KULTUR/MEDIEN

Zwei für den Tango

Im Vorfeld des „Abrazo“-Konzerts in Kreuztal äußert sich Vincent Peirani von Peirani & Parisien im SZ-Interview. / Trauer um Gerd Ruge: Der langjährige ARD-Reporter ist im Alter von 93 Jahren gestorben. **Seiten 10/14**

WETTER

Teils bewölkt

Nach Nebelaufklärung zeigt sich die Sonne, allerdings ziehen auch immer wieder Wolken vorüber. **Seite 2**



HEUTE
16 / 6

SAMSTAGSLOTTO

Gewinnzahlen: 7 20 21 27 29 34
Supernzahl: 6
Spiel 77: 2 4 0 6 5 4 9
Super 6: 7 3 3 1 6 7 (o. Gewähr)

LESERSERVICE

Leserservice:
☎ 02 71 / 59 40-8 • Fax: -3 09
Leserservice@Siegener-Zeitung.de
Lieferreklamation:
☎ 02 71 / 59 40-4 01
Anzeigen:
☎ 02 71 / 59 40-7 • Fax: -3 18 oder -3 84
Anzeigen@Siegener-Zeitung.de
Redaktion:
☎ 02 71 / 59 40-2 37 • Fax: -2 39
Redaktion@Siegener-Zeitung.de

Mitglied im
RedaktionsNetzwerk Deutschland RND#



Es kann nicht immer Bio sein

Auf dem Wellersberg in Siegen entstehen Tag für Tag 2000 Essen – teilweise sogar in Bio-Qualität. Der Speiseplan ist vielfältig, aber ein beliebter Klassiker bleibt außen vor.

Seite 3

Foto: rt

Fünfter Anstieg in Folge

BERLIN RKI meldet erneut höhere Inzidenzen / Kinderärzte fordern mehr Impfungen

Ein Experte rechnet mit einem deutlichen Anstieg der Corona-Infektionen in den nächsten Monaten, rät aber von schärferen Maßnahmen ab.

dpa ■ Die Sieben-Tage-Inzidenz in Deutschland ist den fünften Tag in Folge gestiegen: Das Robert-Koch-Institut (RKI) gab den Wert der Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner und Woche gestern mit 72,7 an. Zum Vergleich: Am Vortag hatte der Wert bei 70,8 gelegen, vor einer Woche bei 66,1 (Vormonat: 74,7). Am höchsten war die Sieben-Tage-Inzidenz in Thüringen (135,6), gefolgt von Sachsen (113,8) und Bayern (109), am niedrigsten in Schleswig-Holstein (27,9). Auch in Nordrhein-Westfalen bleibt die Corona-Inzidenz unter der 50er-Marke. Für gestern meldete das Robert-Koch-Institut 47,9 Infektionen pro 100 000 Einwohner. Deutschlandweit wurden binnen 24 Stunden

den 17 weitere Todesfälle verzeichnet. Vor einer Woche waren es 24 Todesfälle gewesen. Nach Angaben des RKI starben damit seit Beginn der Pandemie 94 618 Menschen an oder unter Beteiligung einer nachgewiesenen Infektion mit Sars-CoV-2.



Unser Leben verlagert sich nach innen.

Oliver Keppler
Virologe

Die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin rief unterdessen Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren auf, sich gegen Corona impfen zu lassen. „Nachdem Daten von über zehn Millionen Kindern und Jugendlichen erhoben wurden, empfehle ich die Impfung den über 12-Jährigen heute allgemein und uneingeschränkt, ich werbe dafür so dringlich wie bei Erwachsenen“, sagte Verbandspräsident Jörg Dötsch. Die Risiko-Nutzen-Abwägung falle eindeutig zugunsten der Impfung aus. Das RKI hatte am Freitag von besonders vielen Corona-Ansteckungen bei Kindern und Jugendlichen in einzelnen Regionen Deutschlands berichtet.

Der Leiter der Virologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Oliver Keppler, geht davon aus, dass sich der bislang milde Anstieg der Corona-Infektionen in den nächsten Monaten erheblich beschleunigen wird. „Im vor uns liegenden Herbst und Winter müssen wir von einer deutlichen Verschärfung des Infektionsgeschehens ausgehen. Unser Leben verlagert sich nach innen“, sagte er.

Zu einer Verschärfung der Corona-Maßnahmen rät der Virologe aber nicht: „Grundsätzlich müssen wir in dieser Phase der Pandemie in verschiedenen Bereichen Lockerungen versuchen, um zu sehen, was gut vertretbar ist und wo man noch Hygienemaßnahmen oder Testungen zur Absicherung beibehalten muss.“ Es gebe in Deutschland insgesamt eine gute Impfquote, viele Genesene und eine hochwertige Testinfrastruktur, erläuterte er.

Zu einer Verschärfung der Corona-Maßnahmen rät der Virologe aber nicht: „Grundsätzlich müssen wir in dieser Phase der Pandemie in verschiedenen Bereichen Lockerungen versuchen, um zu sehen, was gut vertretbar ist und wo man noch Hygienemaßnahmen oder Testungen zur Absicherung beibehalten muss.“ Es gebe in Deutschland insgesamt eine gute Impfquote, viele Genesene und eine hochwertige Testinfrastruktur, erläuterte er.

Toxische britische Politikultur in der Kritik

Großbritannien trauert und debattiert nach dem tödlichen Messerangriff auf David Amess

dpa London/Leigh-on-Sea. In Großbritannien ist nach dem tödlichen Attentat auf den Tory-Abgeordneten David Amess eine Debatte über das Verhältnis zwischen Bürgernähe und Sicherheit von Parlamentariern entbrannt. Auch Kritik an einer toxischen politischen Kultur wurde laut. Der Fall hatte im ganzen Land große Bestürzung ausgelöst. Hunderte Menschen gedachten am Wochenende des bei einem Messerangriff getöteten konservativen Politikers in seinem Wahlkreis in der englischen Grafschaft Essex mit einer Lichter-Mahnwache.

Amess war – wie berichtet – während einer Bürgersprechstunde im Küstenort Leigh-on-Sea erstochen worden. Ein 25-Jähriger Mann wurde nach der Tat vor Ort unter Mordverdacht festgenommen, inzwischen wird er wegen Terrorverdachts festgehalten. Die Polizei geht davon aus, dass er alleine gehandelt hat. Wie Scotland Yard am Samstagabend mitteilte, fanden im Zusammenhang mit dem Fall drei Hausdurchsuchungen im Raum London statt.

Bei dem Festgenommenen handelt es sich Berichten zufolge um einen Briten somalischer Herkunft. Erste Untersuchungen hatten nach Angaben der Polizei „eine mögliche Motivation in Verbindung zu islamistischem Extremismus“ ergeben. Der Mann hatte Medienberichten zufolge zudem an einem Präventionsprogramm gegen Extremismus teilgenommen.

Innenministerin Priti Patel kündigte gestern an, die Regierung werde „absolut alles unternehmen“, um Abgeordnete besser zu schützen. Derzeit werde geprüft, wie Sicherheitslücken geschlossen werden könnten. Dabei werde auch Polizeischutz für Parlamentarier erwogen, so Patel. „Das sollte aber niemals die Verbindung zwischen einem gewählten Vertreter und seiner demokratischen Rolle, Verantwortung und der Pflicht gegenüber den Wählern zerreißen“, sagte Patel.

Auch Unterhauspräsident Lindsay Hoyle hatte eine Debatte über die Sicherheit von Politikern angemahnt. Es sei aber „essenziell“, dass die Abgeordneten ihre

Beziehung zu den Bürgern aufrechterhalten könnten, sagte Hoyle.

Trotz der demonstrativen Einigkeit in der Reaktion auf das Attentat wurde aber auch Kritik an einer toxischen politischen Kultur laut. Unterhauspräsident Hoyle forderte gestern einen höflicheren und respektvolleren Umgang im politischen Diskurs. „Der Hass, der diese Angriffe antreibt, muss aufhören“, so Hoyle.

Die außenpolitische Sprecherin der Labour-Partei, Lisa Nandy, verurteilte sowohl die Wortwahl ihrer eigenen Vize-Parteichefin Angela Rayner als auch Äußerungen von Premier Boris Johnson. Sie kritisierte Rayners Gebrauch des Wortes „Abschaum“ im Zusammenhang mit konservativen Politikern beim Labour-Parteitag im vergangenen Monat. Johnson wiederum habe die Brexit-Gegner während des Ringens um den EU-Austritt in den vergangenen Jahren immer wieder als „Verräter“ dargestellt, so Nandy weiter. „Ich denke, dass entmenslichende Sprache ein Problem ist.“

Reifeprüfung

Junge Union in ungewohnter Rolle

Dieser stets frenetische Jubel, diese Party-Stimmung auf den Bundeskongressen der Jungen Union (JU) in den vergangenen Jahren ist beim „Deutschlandtag“ in Münster einer ungewohnten Ernsthaftigkeit gewichen. In gewisser Weise ist es ein Reifeprozess, den der politische Nachwuchs von CDU und CSU jetzt durchmacht. Es wird Zeit.

Man muss sich das bewusst machen: Die jungen Frauen und Männer kennen diese Situation gar nicht, sie wissen nicht, wie sich das anfühlt: verlieren. Denn 16 Jahre – über eine ganze Generation der JU – gewann die Union mit Angela Merkel die Bundestagswahlen. Die JU war immer auf der Sonnenseite. Bis jetzt.

Die Junge Union wirkte oft erfolgsverwöhnt, manchmal überheblich. Dieser Jugendverband ist immer auch die Möglichkeit zu einer persönlichen politischen Karriere. Das ist besonders attraktiv, wenn die Union die Regierung stellt. Denn das verbessert die Chancen, die Aussicht auf Posten, auf Macht.

Jetzt, in den absehbar schwierigen Zeiten der Opposition, wird sich zeigen, was die Junge Union drauf hat, die Partei selbst weiter zu entwickeln und aus der Krise mit herauszuholen.

Einen Anfang hat sie in Münster gemacht. Sie hat besser zugehört, wer was sagt. Zumindest hat sie nicht mehr wie früher einfach wild drauf losgeklatscht. Sie hat auch eine eigene, eine mutige Wahlanalyse vorgelegt, was warum wie schief gegangen ist. Sie hat den Verlierer Armin Laschet scharf attackiert, ihm dann aber für seine Rede mit der Verantwortungsbücherei der Wahlschlappe Respekt gezollt.

In Selbstkritik wird sie sich aber noch üben müssen. Es gefiel der JU nicht, dass Friedrich Merz auch ihr die Frage stellte, warum eigentlich so viele Erstwählerinnen und -wähler zur FDP gegangen sind. Das ist aber eine sehr berechtigte Frage. Die Junge Union ist mit 100 000 Mitgliedern ein riesengroßer Jugendverband. Sie hat immerhin mehr Mitglieder als die FDP. Wäre sie für junge Leute attraktiv gewesen, hätte sie vielleicht für die Prozentpunkte sorgen können, die der Union zum Wahlsieg fehlten.

Merz hat sie auch aufgerufen, nicht zu fifty-fifty Arbeit und Party zu machen, sondern „70 Prozent Arbeit und 30 Prozent Feiern“. Man muss es dem 65-Jährigen einfach lassen, er scheut sich nicht vor Liebesentzug. Bei ihrer Mitgliederbefragung vor einem Jahr zu den Kandidaten für den Parteivorsitz hatte Merz gegen Laschet und Norbert Röttgen gewonnen. Aber inzwischen schaut die JU auf die Jüngeren in der ersten Reihe.

Spahn hat beim „Deutschlandtag“ so etwas wie eine Bewerbung abgegeben. Er habe „Lust, die neue CDU zu gestalten“, sagt er. Da kann er noch so viel von Team reden. Er wird um die Parteiführung kämpfen, ob als Vorsitzender der CDU oder der Bundestagsfraktion.

Die Junge Union will mitreden. Dann muss sie jetzt auch sagen, wen sie will.

Christina Dunz

Union nimmt Kurs auf Opposition

dpa/sz Münster/Berlin. Die Bundestagswahl und ihre Folgen haben auch am Wochenende das politische Geschehen in Deutschland bestimmt. So haben Spitzenpolitiker von CDU und CSU nach der historischen Wahlniederlage der Union ihre Partei auf einen Neuanfang in der Opposition eingeschworen. Unionskanzlerkandidat und CDU-Chef Armin Laschet übernahm beim Deutschlandtag der Jungen Union (JU) in Münster die alleinige Verantwortung für das miserable Abschneiden der Union. Indessen stimmte gestern ein kleiner Parteitag der Grünen für Koalitionsgespräche mit der SPD und der FDP.

► Seite 17